

### Schafft die Antifaschistische Aktion in allen Betrieben!

Der Kampf der Arbeiterklasse zum Kampf gegen die faschistische Diktatur wird immer härter. In den unmittelbaren Stätten der Ausbeutung, in den Fabriken und Betrieben, verspürt die Arbeiterklasse am frühesten den Kurzschnel innerhalb der deutschen Bourgeoisie. Neben neuen Lohnraub erhöhte Antireizel über kurz oder lang neue Massenentlassungen. Das sind die Auslöser und im Produktionsprozess liegenden. Mit Hilfe des Unternehmertums wird in allen Betrieben versucht, die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) hochzupöppeln.

Nun bekannt sind den Arbeitern die Umstellungen dieser Betriebszellenorganisation, die dazu verwendet werden soll, neben der Organisation der Arbeiter den nationalsozialistischen Terror gegen

### Wählt Delegierte

in jeder öffentlichen und Betriebsversammlung zu der am 17. Juli in Dresden stattfindenden

### BetriebsarbeiterInnen-Konferenz

KPD, UBL Dresden, Abteilung Frauen.

jeden Widerstandsenden auszuüben und so die Betriebe im Interesse der Kapitalistenklasse von marxistischen Elementen zu befreien.

Die Arbeiterklasse liegt es, diesem verhängnisvollen Kurs der NSBO-Bildung besonders im Betriebe durch Kampfmaßnahmen entgegenzutreten.

### Was will die Antifaschistische Aktion?

Sie will die gesamte Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Faschismus in breiter roter Einheitsfront zusammenschließen. Ohne Ansehen der Organisationszugehörigkeit soll die Antifaschistische Aktion alle Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen, die sich dem entschiedenen Willen beugen, alle den Kampf gegen das Kabinett der Junker, Generale und Industriekapitalisten aufzunehmen. Durch außerparlamentarischen Massenkampf soll die Antifaschistische Aktion die faschistische Reaktion von der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen jenseits gemacht werden.

Schon einmal hat es die deutsche Arbeiterklasse fertig gebracht, eine reaktionäre Regierung zum Tode zu bringen. Der Kampftritt liegt noch in der Arbeiterklasse. Aber sie ist durch die Verfallspolitik der SPD und Gewerkschaftsführer in sich selbst eingeschlossen worden. Von der Wirtschaftsdemokratie zum „Reinernen Hebel“ und zur Wahl Hindenburgs führt sie weiter. Tausende sozialdemokratischer und freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter erkennen, welche gemessene Spiel sie ihnen getrieben wurde und wenden sich ab von diesen Führern.

Die Ziele der Antifaschistischen Aktion: härtester Kampf gegen die Maßnahmen der Bourgeoisie, verstärkte Mobilisierung aller Werktätigen gegen den imperialistischen Krieg und Kampf für den revolutionären Ausweg aus der Krise können nur erreicht werden, wenn alle Arbeiter, und besonders die Massen der SPD und Gewerkschaftsmitglieder, in der Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion gemeinsam mit den Kommunisten kämpfen.

Nur gemeinsam können erfolgreiche Streiks geführt werden, um dem Faschismus den Weg zur Macht zu verlegen. Eine Reihe von Beispielen beweist, daß überall dort, wo die Arbeiterklasse geschlossen steht, der Faschismus entscheidend geschlagen wird. Der Sieg der NSBO-Crisisauflösung zeigt, daß die Gewerkschafts- und SPD-Mitglieder kämpfen wollen.

In jedem Betrieb einen Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion, in jeder Abteilung Vertrauensleute. Schafft roten Kampfabteilung in allen Fabriken und Betrieben!

### Dilchfarbeiterstreik in Marienwerder

Am 7. Juni sind in Marienwerder 100 Wohlhabensarbeiter gegen das Verhalten des Magistrats, für 24 Stunden Streik ausgerufen. In dem Streik getreten. Die Streikenden sind sofort zum Streikmittelpunkt. Die Polizei verbotene am 10. Juni ohne jeden Anlaß 4 Mitglieder der Streikleitung, die sich nicht freiwillig ergeben wollten. Der Kampf geht weiter.

### Achtung, Holzarbeiter!

Freitag, den 17. Juni, 19 Uhr, Sitzung aller oppositionellen Holzarbeiter im Barn, Rosenstraße 100. Alle müssen erscheinen! Gewerkschaftskommission

### Unter der Kritik der Belegschaft

## Rote Betriebsräte lassen sich von Reformisten übertölpeln

Eisenbahnverbands-Bürokratie und Dienststellenvorstand Werner von der Bm Freital-Potschappel Arm in Arm gegen rote Betriebsräte. Ein warnendes Beispiel für alle Betriebsräte

(Arbeiterkorrespondenz 664) Mit allen Mitteln versucht man in der Bahnmehlsterei Freital-Potschappel die roten Betriebsräte umdrehen zu machen. Da es nicht gelingt, dem Ortsabteilungsleiter des GdE blöder nicht gelang, die roten Betriebsräte aus dem Sattel zu heben, versucht man es mit anderen demagogischen Mitteln. Im Verein mit dem Dienststellenvorstand Werner, der dem GdE und der SPD nahesteht, soll die Belegschaft gegen die roten Betriebsräte ausgepielt werden. Werner geht von einer Kolonne zur Kolonne und versucht Stimmung zu machen.

Mit Kollegen sind der Ansicht, daß die Werner gegebenen Aufstellungen weniger von der Reichsbahndirektion, als vielmehr von der Dresdener Ortsverwaltung des Eisenbahnverbandes kommen.

So hat man vorgeschlagen die roten Betriebsräte zu überzeugen, daß sie dienstfänger seien als andere, zur Vereinfachung in das Betriebsverhältnis bestimmte Kollegen und deshalb einen Rechtsunterschied müßten, nach dem sie sich mit einer Zurückhaltung einverstanden erklärten.

Die roten Betriebsräte ließen sich übertölpeln und unter-

## Rote Straßenbahnbetriebsräte werden gemäßregelt

Christen und Reformisten mit der Straßenbahn-Direktion gegen den Kollegen Brettschneider Arbeitsgericht Dresden auf dem Unternehmerstandpunkt

Die Nationalisierung der Dresdener Straßenbahn-AG liegt heute keinem Privatbetrieb nach. Wenn heute Arbeiter krank werden, fliegen sie einfach auf das Straßenpflaster. So ging es auch dem roten Betriebsrat Brettschneider. Brettschneider ist seit dem Jahre 1924 als Straßenbahnführer bei der Dresdener Straßenbahn-AG beschäftigt. Auf Grund der Nationalisierung, des starken Straßenverkehrs sowie verlorster Fahr- und Wendezeiten können Führer und Schaffner kaum ihr Brot essen und tragen es oft wieder nach Hause, weil keine Zeit zum Essen ist. Koll. Brettschneider ist auf Grund dieser Maßnahmen seit dem 5. 12. 1931 krank. Darauf schickte ihn die Direktion zum Stadtschulzamt, der Unfähigkeit im Fahrdienst schließt. Die sofortige Kündigung des Kollegen Brettschneider war die Antwort der Direktion. Nun verlangte die Direktion die Zustimmung des Arbeiters und Betriebsrates, welche einstimmig abgelehnt wurde, worauf die Direktion vor das Arbeitsgericht ging.

Was hand nun in der Begründung der Direktion vor dem Arbeitsgericht? 1. Krankheit; 2. Brettschneider hat den Betriebsfrieden zwischen Direktion und seinen Arbeitskollegen nicht gefördert. 3. Brettschneider hat nicht im Interesse der Direktion gearbeitet. Dieses Begründungsschreiben hand nun im Arbeiter- und Betriebsrat nochmals auf der Tagesordnung, und siehe da, was sagten der heimliche Betriebsratsvorsitzende Kiebel und der sozialdemokratische Arbeiterratsvorsitzende Weber? Sie mühten eine Vertretung vor dem Arbeitsgericht abzulehnen, weil sie früher gerichtliche Differenzen mit Brettschneider gehabt hätten (Verteidigungslage vor dem Schöffengericht).

Die roten Betriebsräte verlangten in dieser Sitzung, daß die beiden Vorstehenden Kiebel und Weber verpflichtet werden, den Kollegen Brettschneider vor dem Arbeitsgericht zu vertreten. Das wurde gegen die Stimmen der roten Betriebsräte abgelehnt. Daraus erließ man das Zusammenrufen sämtlicher reformistischer Betriebsräte und der Straßenbahndirektion. Auf Grund dieser arbeitseigenen Einstellung von Kiebel und Weber wurde in dieser Sitzung beschlossen, daß den Kollegen Brettschneider zwei rote Betriebsräte vertreten, was auch geschah.

In der am 6. Juni 1932 stattgefundenen Arbeitsgerichtsverhandlung erklärte die Direktion, vertreten durch Dr. Fiedler, daß sie Brettschneider in einer anderen Abteilung — Straßen- oder Hofarbeiter — nicht beschäftigen könne. Man könne, weil Brettschneider Betriebsrat sei, der Direktion nicht zumuten, franke Arbeiter überhaupt in anderen Abteilungen zu beschäftigen, trotzdem, daß das Arbeitsgericht von den roten Betriebsräten verlangte, einen anderen Arbeitsplatz nachzuweisen, was auch geschah. Im Hinblick darauf, daß ein Streifenarbeiter, der wegen Schwerehörigkeit durch die Direktion gefündigt wurde und ebenfalls wegen seines Leidens vom Nachdienst als Streifenarbeiter verweigert worden war, schickte sich die roten Betriebsräte auf dem Standpunkt, daß man Brettschneider, wenn er schon für den Nachdienst nicht fähig ist, als Streifenarbeiter beschäftigen müsse. Das Arbeitsgericht unter Vorsitz von Dr. Reinhold stellte sich auf den Standpunkt der Direktion und erklärte, man könne aus wirtschaftlichen Gründen der Direktion nicht zumuten, franke Arbeiter in anderen Abteilungen zu beschäftigen. Weiter begründete die Direktion, daß Brettschneider den Betriebsfrieden zwischen Direktion und Arbeitskollegen nicht gefördert habe, deshalb die Ablehnung als Betriebsrat verlangte. Nachdem die roten Betriebsräte dem Nachweis erbracht, daß nicht Br., sondern die Direktion den Frieden zwischen sich und den Arbeitskollegen gelüht hat und die Belegschaft durch den Lohnabbau und die Arbeitszeiterhöhung in Unruhe versetzt hatte und die roten Betriebsräte die Pflicht hatten, darüber Aufklärung zu geben, lenkte das Arbeitsgericht den Kollegen Br. als Betriebsrat ab. Also man hebt aus diesem Urteil eine klare politische Mahnung, um revolutionäre Arbeiter aus den Betrieben hinauszumerren.

Kollegen Straßenbahner, so wie Kollege Br. auf Straßenpflaster liegt, kann es auch euch jeden Tag passieren! Darum rufen wir euch immer wieder zu: tretet ein in die NSBO und in die Kommunistische Partei! Kämpft mit uns, für ein freies sozialistisches Deutschland! (BR 679)

## EdE-Betriebsräte als Direktionsbüttel

9 Eisenbahner gekündigt, weil sie vertragliche Rechte für sich in Anspruch nahmen. SPD-Betriebsrat Sommer, Großenhain, weigert sich die Einsprüche anzuerkennen

(Arbeiterkorrespondenz 662) Die mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und ihrer Betriebsräte eingeführten Methoden bei der Reichsbahn nehmen immer tollere Formen an. Wir berichteten kürzlich über die Zustände, die in der Bahnmehlsterei Großenhain und besonders auf dem Bau in Föden-Waldburg herrschen, wo der von der Bahnmehlsterei Föden-Waldburg entlassene Arbeiter,

Kollege Tepp, als Betriebsratsvorsitzender, wurde vor einigen Tagen gemäßregelt. Nach ist er nicht endgültig entlassen, da leistet sich der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Sommer von der Bm Großenhain ein neues Gesandnis, das augenblicklich beweist, welche Auffassung über die Pflichten eines Betriebsrates für ihn gilt.

Am Montag, dem 5. Juni, hatte es den ganzen Tag geregnet und alle Kollegen waren durchnäßt bis auf die Haut. Bereits nach 20 Minuten Mittagspause forderte der Kottenführer Dornier zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Eine Reihe von Kollegen lehnte die Wiederaufnahme der Arbeit ab mit der Begründung, daß sie vollkommen durchnäßt seien und die Reichsbahndirektion die vor einigen Wochen abgeordnete Saubade noch nicht hat wieder herrichten lassen. Bis heute ist weder eine Antwort eingegangen, noch die den Kollegen wünschende Entschädigung für verbrannte Arbeitslöhne auf ein an die Direktion gerichtetes Gesuch eingegangen.

Die Kollegen erklärten weiter, daß ihnen auf Grund des Tarifvertrages das Tragen der Sachen jute und daß sie von diesem Recht Gebrauch machen wollten. Sei nicht einmal 20 Mark verdient pro Woche seien sie nicht im Stande, sich noch neue Arbeitslöhne zu kaufen.

Trotzdem forderte der Kottenführer die Arbeiter auf, an die Arbeit zu gehen und drohte den Kollegen, die sich weigerten, die Zeit nicht zu bezahlen. Bis auf neun Kollegen nahmen alle die Arbeit auf.

Am andern Tag erschien der Bauarbeiter, Baumeister Schlegel, er wollte nichts damit zu tun haben. Sommer, der von der Verwaltung als Aufpasser über die Kollegen eingesetzt wurde, hat von dem Verlust an Arbeitslöhnen, den die Kollegen beim Stande der Saubade erlitten, nichts an den Betriebsrat berichtet. Wenigstens erklärte der sozialdemokratische Vorsitzende des Betriebsrates, Dietke, auf telefonischen Anruf eines Kollegen, daß ihm nichts davon bekannt sei.

gel, und sprach den neun Kollegen im Beisein des reformistischen örtlichen Betriebsrates die Kündigung wegen Arbeitsverweigerung aus.

Alle neun Kollegen, darunter mehrere im Einheitsverband Organisierte, erhoben sofort mündlich oder schriftlich Einspruch gegen ihre Kündigung. Jetzt zeigte sich dieser Betriebsrat im rechten Licht: Er weigerte sich, die Einsprüche seiner Kollegen, selbst der im Einheitsverband organisierten, anzuerkennen und

## Die Arbeiterfrau geht es an!

Die Ruhlanddelegierte Textilarbeiterin Lehmann, Leipzig spricht

Mittwoch, den 15. Juni im Gathhof Niederbühl  
Donnerstag, den 16. Juni im Körnergarten, Dresden-N.  
Freitag, den 17. Juni in der Krone, Bismarck  
Dienstag, 21. Juni, 20 Uhr, „Deutsches Haus“, Rabenberg über:

Die Frau in der Sowjetunion und im kapitalistischen Deutschland.  
Arbeiterinnen, Hausfrauen, SPD-Genossinnen, erscheint jährlich in den Versammlungen. Beginn 20 Uhr  
Sind der Freunde der Sowjetunion

langte, er wolle nichts damit zu tun haben. Sommer, der von der Verwaltung als Aufpasser über die Kollegen eingesetzt wurde, hat von dem Verlust an Arbeitslöhnen, den die Kollegen beim Stande der Saubade erlitten, nichts an den Betriebsrat berichtet. Wenigstens erklärte der sozialdemokratische Vorsitzende des Betriebsrates, Dietke, auf telefonischen Anruf eines Kollegen, daß ihm nichts davon bekannt sei.

Kollegen Eisenbahner, so lehnen eure reformistischen Betriebsräte aus! Sie weigern sich, Kollegen, die auf ihre im Tarifvertrag festgelegten Rechte pochen, zu vertreten. Nicht Schluß mit solchen Verwaltungsbütteln, erzwingt in Belegschaftsversammlungen ihre Ablehnung und wählt auch Kollegen als Betriebsräte, die wirklich eure Interessen vertreten!

## Bielefelder Holzindustrielle verlangen 19 Prozent Lohnabbau

Die Metallfabrik Bielefeld hat ihre 300 Mann harte Belegschaft ausgepielt, weil die Belegschaft nicht gemillt war, einen 19prozentigen Lohnabbau hinzunehmen und deshalb dagegen in die politische Resistenz trat. Der Unternehmer erklärte den Arbeitern höhnlich, daß dieser Abbau auch noch nicht der letzte sein werde. Der geschlossene Kampf der Arbeiter wird die Unternehmerangriffe jedoch zurückslagen.

## Siegreicher Landarbeiterstreik

Einen erfolgreichen Kampf gegen unerhöhte Lohn- und Arbeitszeiterhöhungen haben die Landarbeiter des Gutes Wallenberg bei Godes in Ostpreußen durchgeführt. Als nach Kürzung des Arbeitslohns von den Arbeitern auch noch eine 14tägige Arbeitszeit verlangt wurde, legten die Gutsarbeiter die Arbeit geschlossen nieder und schickten dem Gutbesitzer einige für sie lebenswichtige Forderungen.

Durch ihren entschlossenen Kampf, der von der NSBO geführt wurde, erreichten die Gutsarbeiter die Bewilligung ihrer Forderungen. 16 Jungarbeiterinnen haben sich an diesem Kampf persönlich beteiligt, während 2 Nazis Streikbrecherarbeiten leisteten.

Auf dem Gut Begelen, Kreis Stallupönen, sind die Forderungen wegen rückständigen Lohnes in den Streit getreten. Die Gutsherrn und Reputanten des Gutes Truffen, Kreis Stallupönen, haben sich mit ihnen solidarisiert und ebenfalls die Arbeit niedergelegt.